

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, im Voraus zahlbar. Unter Streifenband im 3- und 4-Band 2,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Illustrierten Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Himmels-“, „Stadtheilage“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“, „Kulturarbeit“ und „Technik“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparativliste 20 Pfennig, Reklametrie 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 25 Pfennig (zufällig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenliste das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenentnahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Währ. 65. Postkontogebäude, Postfach 10000, Lindenstr. 3

Sozialisten für sofortige Räumung

Eine unzweideutige Erklärung des französischen Parteivorstandes.

Paris, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Genosse Otto Wels, hatte sich im Auftrage des deutschen Parteivorstandes aus Anlaß der Äußerungen Paul Boncour's über die Rheinlandfrage auf dem sozialistischen Parteitag und im „Paris-Midi“ an den französischen Parteivorstand brieflich gewandt und um dessen Ansicht in der Frage der Rheinlandräumung ersucht.

Der Vorstand der französischen Sozialistischen Partei hat gestern auf Vorschlag eines mit der Bearbeitung dieser Angelegenheiten betrauten Unterausschusses befaßt:

1. Den Protest der deutschen Sozialdemokraten mit einem Hinweis auf das offizielle Wahlprogramm der französischen Partei zu beantworten. In diesem Programm wird die sofortige Räumung des Rheinlandes von keiner Vorbedingung abhängig gemacht.

2. In seiner Antwort an den deutschen Parteivor-

stand die Einberufung einer Konferenz von deutschen und französischen Sozialisten vorzuschlagen, auf der die Rheinlandfrage behandelt werden soll. Der belgische Senator Genosse de Vroede, der bereits auf der Luxemburger Konferenz den Vorsitz geführt hatte, soll zu der geplanten Konferenz zugezogen werden. Paul Boncour wird von dem Inhalt des Antwortschreibens in Kenntnis gesetzt werden.

Zußerdem befaßte sich gestern der französische Parteivorstand mit dem sogenannten Fall Maranne. Es handelt sich hier um den Fund einer dem kommunistischen Bürgermeister eines Pariser Vorortes gehörigen Aktenmappe, in der verschiedene Dokumente über die Tätigkeit linker Sozialisten für die kommunistische Partei Frankreichs enthalten waren. Die im Verdacht stehenden Sozialisten haben damals sofort um die Einleitung einer Untersuchung gebeten. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die gegen sie gerichteten Beschuldigungen zu Unrecht erhoben worden sind. Ein Parteimitglied, das weder die Untersuchung gegen sich selbst beantragt hatte, noch sich darin einbeziehen ließ, wurde aus der Partei ausgeschlossen.

Die Schülertragödie von Steglitz.

Massensturm auf den Gerichtssaal. — Primaner Kranz schildert sein Leben. Tagebücher und Mordgedicht.

Schon beim Morgengrauen um 7 Uhr früh umlagerten dicke Scharen die Eingänge zum neuen Kriminalgericht in der Turmstraße, und als eine halbe Stunde später der Eingang freigegeben wurde, spielten sich mütende Kämpfe auf der Straße ab. Jeder wollte zuerst hinein, um eine Eintrittskarte zu dem Schwurgerichtssaal zu erlangen. Nur wenige hatten Glück, da nur eine beschränkte Zahl noch für das allgemeine Publikum freigegeben war. Der Zuhörerraum saß überhaupt nur knapp 80 Plätze, ebenso groß ist die Zahl der für die Presse im Saal selbst hergerichteten Plätze. Schon lange vor Beginn der Verhandlung war der Schwurgerichtssaal dicht gefüllt. Eine ganze Bank nahmen die Vertreter des Provinzialschulkollegiums ein. Die Schar der Sachverständigen ist überaus groß. Im Saal selbst bemerkte man auch den preussischen Innenminister Orzeszki und den Chef der Kriminalpolizei Dr. Hagemann. Von den beiden Logen an den Seiten des Schwurgerichtssaales war die eine von Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten überfüllt. Die andere Loge war für die Landgerichtspräsidenten und die offiziellen Vertreter des Kultus- und Innenministeriums reserviert. Unter den Zuhörern sah man viele Ausländer, auch eine gegenwärtig in Berlin weilende Studentenkommision höherer japanischer Juristen. Eine große Zahl von Zuhörern saß sich aus den Kreisen von Schulleitern und anderen Pädagogen, Universitätsprofessoren, Ärzten, Schriftstellern, unter ihnen Clara Ziegler, Jakob Wassermann, Prof. Ringler, zusammen. Bunt war auch der Presseleib besetzt. Es waren hier Berichterstatter aus vielen Ländern zu sehen.

Der Angeklagte Kranz.

Unmittelbar vor Erscheinen des Gerichtshofes wurde der Angeklagte, der junge Oberprimaner Paul Kranz, aus der Untersuchungshaft auf die Anklagebank geführt. Er ist ein gut aussehender, schmachtiger blonder Mann. Kranz macht den Eindruck eines richtigen Schülers, er sieht eher kindhaft aus und ist zunächst etwas eingeschüchtert, spricht dann später aber klar und bestimmt. Der Gerichtshof saß sich aus Landgerichtsdirektor Duff als Vorsitzenden des Schwurgerichts und zwei Landgerichtsräten zusammen. Unter den sechs Geschworenen befindet sich auch eine Frau. Nach Eröffnung der Sitzung, pünktlich um 9 1/2 Uhr, richtete Landgerichtsdirektor Duff an alle Anwesenden die Mahnung, angefaßt der durch das Interesse an dem Fall erklärlicherweise hervorgerufenen Fülle des Saales mögliche Ruhe zu bewahren, um ihm sein Amt nicht zu erschweren. Er bitte auch die Anwesenden, die Gelegenheit haben, den Dingen beizumohnen, das Gehörte nach außen so weiterzutragen, daß nicht irgendeine Person für die Zukunft Schaden erleiden kann. Daß könne man in der Form und Darstellung auch tun. Der Vorsitzende stellt dann fest, daß als Anklageerheber erster Staatsanwalt Steinbeck und Staatsanwalt Hoffmann und als Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Frey mitwirken.

Beim Zeugenaufruf

erschienen die Eltern des Angeklagten Kranz, der Musiker Kranz und dessen Frau. Beide sehen sehr vergnügt aus, wachen aber,

insbesondere die Mutter, eine noch ziemlich junge Frau, einen sehr sympathischen Eindruck. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß sie, um nicht mit ihrer Wahrheitspflicht in Widerspruch zu kommen, ihre Aussage verweigern können, erklärte Frau Kranz: „Nein, wir wollen auslagen.“ An die anderen Zeugen richtete der Vorsitzende die Mahnung, die Dinge ungefälscht so vorzutragen, wie sie sie wahrgenommen haben, und nicht zu beschönigen und nicht zu färben. Sodann wurde die Sachverständigenbank zusammengesetzt. Von der Staatsanwaltschaft sind als Sachverständige geladen: die Medizinalräte Dr. Hammerich und Freiherr v. Mahrenholz sowie Schiedsachverständiger Ing. Schumderer und Universitätsprofessor Dr. Cramer. Größer ist die Zahl der von Rechtsanwält Dr. Frey aufgegebenen Sachverständigen: Stadtsarzt Dr. Hodann, Provinzialschulrätin Abg. Dr. Wegscheider, Oberstudiendirektor Prof. Dr. Goldbeck, Universitätsprofessor Ed. Spraeuger und Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld. R.-A. Dr. Frey teilte dann mit, daß er auch den Schriftsteller Arnold Bronnen als Sachverständigen geladen habe. Dieser soll begutachten, daß das

Jogenannte Mordgedicht.

das von der Anklage gegen Kranz als Belastungsmoment angeführt werde, nichts weiter sei als eine schwächliche Nachahmung eines Kabardischen Gedichtes. Weiter hat der Verteidiger noch die Polizeirätin Bieting als Sachverständige geladen, um sich über das Verhalten von Hilde Scheller zu äußern. Er will das später noch näher begründen. Vom Staatsanwalt ist noch die Klassenlehrerin von Hilde Scheller, Fräulein Dr. Friedländer, für Nachmittags geladen worden. R.-A. Dr. Frey trug dann die Bitte vor, Kranz bei seiner Vernehmung aus der Anklagebank herauszutreten zu lassen, da er sich hinter der Schranke geheimt fühle und nicht so frei reden könne, wie er es auf dem Herzen habe.

Vors. (zum Ankläger): Die Schranke braucht für Sie nicht zu existieren. Sie finden hier Richter, die volles Verständnis für Ihre Lage, für menschliche Schäden und Vergehen haben. Daher brauchen Sie sich an dem Platz, an dem Sie sich befinden keineswegs oehemnt fühlen. Sind Sie befriedigt? Angekl.: Jawohl. Zunächst wurde Kranz über seine Personalkosten vernommen. Er heißt Paul Albert, ist am 25. Februar 1909 als Sohn eines Musikers in Berlin geboren, der älteste von vier Geschwistern; vier Jahre hat er bis zum 12. Lebensjahre die Volksschule in Mariendorf besucht und besam dann wegen seiner Beobachtung eine Kreislage an der Oberrealschule. Vors.: Bestraft sind Sie noch nicht? Angekl.: Nein. Vors.: Sie wurden festgenommen im Anschluß an Ihre Tat in der Nacht am 2. Juni? Angekl.: An meine Tat?

Ich habe keine Tat begangen.

Vors.: Also im Anschluß an jene Tat? Angekl.: Ja. Vors.: Seitdem sitzen Sie in Untersuchungshaft. Wir wollen nun hören, was Ihnen zur Last gelegt wird. — Es werden dann die drei Anklagepunkte verlesen, die auf gemeinschaftlichen Mord mit Günther Scheller an dem Kochlehrling Hans Stephan, auf Verabredung mit Günther Scheller zur Ermordung der Hilde Scheller und auf unerlaubten Waffeneinsatz lauten. R.-A. Dr. Frey: Gestern habe ich bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige gegen Hilde Scheller gemacht, die dahin geht, daß sie von dem Vorfahren ihres Bruders, Hans Stephan zu ermorden, Kenntnis gehabt hat und es unersüß-

der Behörde Anzeige zu erstatten. Ich bitte, die Akten heranzuziehen. Weiterhin begründete Dr. Frey die von ihm beantragte Vernehmung der Polizeirätin Bieting.

Hilde Scheller habe, wie diese befunden werde, eine Doppelrolle gespielt, unwahre Angaben gemacht und bei der polizeilichen Vernehmung keine Trauer und Reue über den Tod ihres Geliebten und ihres Bruders gezeigt, sondern sei lächelnd über diese Ergebnisse hinweggegangen.

Bestere Zeugenladungen beantragte der Verteidiger über das Verhalten von Günther Scheller, um zu beweisen, daß dieser homoerotische Neigungen gehabt habe, gleichmütig und mit geschwärtzten Augenbrouen in die Schule gekommen sei und gewisse Beziehungen unterhalten habe. Andere Zeugen sollen charakteristische Anzeichen über die schon weiter zurückliegenden Beziehungen der Hilde zu Hans Stephan, dann soll noch Beweis erhoben werden über die Beeinflussung einer Hausangestellten von Scheller. Sämtliche Zeugen seien schon in der Voruntersuchung vernommen worden, von der Anklagebehörde aber nicht geladen.

Vors.: Das Gericht behält sich vor, später die Entscheidung über die Beweisanträge zu fällen, möglich ist es so, daß sie nachher mehr oder weniger zurückgezogen werden. Um eine Grundlage zur richtigen Beurteilung der Einzelheiten zu gewinnen, geht dann der Vorsitzende sehr ausführlich auf das Verhältnis des Angeklagten zu Eltern und Lehrern ein. Vors.: Wie verhielten sich Vater und Mutter zu Ihnen?

Angekl.: Die Eltern traten mir immer freundlich entgegen, besonders die Mutter, die mir jeden Wunsch von den Augen ablas. Mit den Lehrern dagegen konnte ich in keinen Kontakt kommen, da das Erziehungssystem mir zu schematisch war. Der Vater war immer sehr nachsichtig und ließ mir zum großen Teil meinen Willen, aber ich mußte die Freiheit nicht aus.

Vors.: Wurden Begriffe von der Eltern gerügt? — Angekl.: Die Eltern gaben mir einen Beweis und ich sah meinen Fehler auch ein. Es geschah stets durch freundlichen Zuspruch. — Vors.: Sie sagten, die Schule kam Ihnen zu schematisch vor, konnten Sie sich denn damals schon ein Urteil bilden? — Angekl.: Ob mein Urteil richtig war, weiß ich nicht, aber ich urteilte so in meinem jugendlichen Ueberdramme. — Vors.: Was für ein Drängen fühlten Sie denn in sich? — Angekl.: Das kann ich mit Worten nicht beschreiben, ich war mir nicht ganz klar darüber. — Vors.: Es garte also in Ihnen. War es da nicht auch schwer für einen Lehrer, einen reinen Wein aus diesem Gärungsprozess entziehen zu lassen? — Angekl.: Einige Lehrer gaben sich Mühe, die Schulschüler in ihrem inneren Drängen zu verstehen, aber andere beschränkten sich nur darauf, den Lehrstoff zu vermitteln. — Vors.: Taten Sie auf der Schule Ihre Pflicht? — Angekl.: Nur nicht in Naturwissenschaften, sonst hatte ich ein besonderes Interesse für Deutsch, Geschichte, fremde Sprachen und Religion. — Vors.: Julest hat es doch gehapert auf der Schule, wenn Sie auch im allgemeinen mitgekommen sind. Warum hatten Sie denn zuletzt keine Lust mehr? — Angekl.: Ich wollte nicht mehr das Gefühl der Abhängigkeit haben und nicht mehr als Schuljunge behandelt werden, wenn ich ja, daß kein Verständnis bei den Lehrern für meine Neigungen bestand. Ich hatte literarische Neigungen und glaubte auf diesem Gebiete etwas schon zu sein. — Vors.: Sie waren also nicht nur aus dem Elternhaus, sondern auch aus der Schule vornehmlich herausgewachsen, weil die Verhältnisse Ihnen zu eng schienen? —

(Fortsetzung des Berichts auf der 3. Seite.)

Gefrierfleisch und Bürgerblock.

Sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag.

Die Bürgerblockregierung hat bekanntlich vor kurzem die Herabsetzung des zollfreien Einfuhrkontingents für Gefrierfleisch angeordnet. Da Gefrierfleisch infolge seiner verhältnismäßigen Billigkeit gerade für die minderbemittelte Bevölkerung wichtig ist, wird die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in der heutigen Sitzung im Berliner Rathaus folgenden Dringlichkeitsantrag einbringen:

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat nach einer Meldung der Hamburger Zeitschrift „Wirtschaftsdiens“ (Nr. 5 vom 3. Februar 1928) in den letzten Januartagen die Herabsetzung des Kontingents für die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch von monatlich 10 000 Tonnen auf 8500 Tonnen mit der Begründung verfügt, daß durch die reichliche Versorgung mit Gefrierfleisch der Preis der heimischen Produkte gedrückt werde. Da diese Maßnahme zu einer schweren Schädigung der minderbemittelten Verbraucher führen muß, erhebt die Stadtverordnetenversammlung gegen die Verfügung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft entschiedenen Protest. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht gleichzeitig den Magistrat umgehend und mit allem Nachdruck auf Reichsregierung und Reichsernährungsministerium einzuwirken, um:

1. eine sofortige Zurücknahme der Verfügung zu veranlassen,
2. darüber hinaus die unbeschränkte Einfuhr von zollfreiem Gefrierfleisch zu erreichen und dadurch die dringend notwendige billigere Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung sicherzustellen,
3. für den Fall einer Ablehnung der nichtkontingentierten zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch durch die Reichsbehörden eine Erhöhung des Kontingents für zollfreies Gefrierfleisch auf mindestens 140 000 Tonnen jährlich durchzusetzen,
4. eine planmäßige Beaufsichtigung der Verteilung und eine nickflame Kontrolle der Preisgestaltung des zollfreien Gefrierfleisches durch die Gemeindebehörden im Interesse der Verbraucher zu erwirken.

Die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents ist eine der Maßnahmen der Bürgerblockregierung, die mit besonderer Schärfe die arbeiterfeindliche Einstellung der jetzigen Reichsregiertheit kennzeichnet.

Fridericus als Nothelfer.

Geschäftstüchtige Patrioten.

Die Herrschaften, die soeben eine „Vaterländische Gefangenensfürsorge“ gegründet haben, an deren Spitze der Fridericusredakteur F. C. Holz steht, beabsichtigen, auch eine sogenannte „Deutsche Hilfe“ ins Leben zu rufen. Wie aus einem in der Umgebung von Berlin verteilten Flugblatt hervorgeht, will die „Deutsche Hilfe“ in kürzester Zeit ihre Tätigkeit aufnehmen.

Was ist ihr Zweck? Angeblich will sie vor allem „Arbeitnehmern, die wegen ihrer vaterländischen Gesinnung brotlos wurden, zunächst dadurch angemessene Beihilfen über die Zeit der Arbeitslosigkeit hinweghelfen“. Die Herren, die dieses merkwürdige Institut ins Leben rufen wollen, haben sich freilich gleich die leitenden Posten gesichert. So besorgen die ersten Richtlinien und Satzungen des Bundes „Deutsche Hilfe“, doch die Bundesleitung aus seinem auf Lebenszeit mit diesem Amt betrauten ersten Bundesführer F. C. Holz besteht, sowie aus den Herren Rudolf Stante als zweitem Bundesführer, Dr. Heinrich Brandt als Schriftwart und Walter Dehns als Schatzmeister, die ihre Ämter zunächst bis zum 31. März 1933 bekleiden. Die vaterländischen Samariter haben, geschäftstüchtig, wie sie nun einmal sind, vorausgesetzt, daß sie nicht „brotlos“ werden, ihrem Flugblatt auch gleich ein paar Zahlkarten beigelegt, damit der — „Deutschen Hilfe“ möglichst schnell geholfen werden kann.

Die vaterländischen „Arbeiterfreunde“, die sonst Arm in Arm mit den rechtsgerichteten Ueberpatrioten die Arbeiterinternationale bekämpfen, legen in ihrem Flugblatt das rührende Bekenntnis ab, daß das schwarzweißrote Unternehmertum sich den Teufel um die

schwarzweißrote gesinnten Arbeitnehmer kümmert. Schmerz erfüllt gestehen die Fridericusleute ein, daß die Arbeiterbataillone nicht daran denken, ins schwarzweißrote Lager zu marschieren, sondern bei ihrer Arbeit bleiben, ihre Partei- und Gewerkschaftsbeiträge bezahlen und zur Majesteit gehen. Und warum? Die Antwort gewerkschaftlich organisierter, aber angeblich schwarzweißrote gesinnter Arbeiter lautet, wie das Flugblatt der Fridericusleute erklärt, folgendermaßen: „Ja, wie sollen wir denn zu euch kommen, wenn ihr nicht einmal uns das Recht geben wollt, in rein wirtschaftlichen Organisationen uns unseren Anteil an dem Ertrag unserer Arbeit zu erkämpfen? Verlangt, bitte, nicht von uns den Glauben, daß wenn wir nun zu euch kommen, wir so gut behandelt und entlohnt werden, daß wir unsere Gewerkschaften nicht mehr brauchen! Unsere Gewerkschaften entstanden aus Notwehr gegen unsoziale Arbeitgeber.“

Beim Profit hat schon von jeher der „Patriotismus“ angehört. Leute aber, die im Bunde mit Böllischen, mit Genemördern und mit Hilfsgebern schwarzweißroter Unternehmer Bewegungen inszenierten, um eben dieses unsoziale Unternehmertum wieder fest in den Sattel zu setzen, sollen doch nicht den Arbeitern vorreden, daß sie ihnen helfen wollen. Hilfe kann der Arbeiter nur von den Gewerkschaften und nur von der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie erhalten. Dieser soziale Arbeiterschutz der Gewerkschaften ist eine vaterländische Tat. Erst die Gewerkschaften machen Deutschland zu einem Vaterland, d. h. zu einem Land, in dem auch der Prolet sich heimisch fühlen kann.

20000 Sattler und Tapezierer in Aktion

Um Löhne, Arbeitszeit und Ferien.

In der Lederwarenbranche ist der Berliner und Offenbacher Tarif gekündigt worden. Der Berliner Bundesrat wurde vom Hauptvorstand gekündigt. Für das Offenbacher Vertragsgebiet haben die Arbeitgeberverbände den Offenbacher Mantelvertrag gekündigt. Ferner ist in zehn Großstädten der Tapezierer tarifvertrag gekündigt worden. Hierbei kommen etwa 4000 Arbeiter in Frage. Ingesamt werden von der Tarifbewegung, bei der auch die Lohnfrage selbstverständlich eine große Rolle spielt, etwa 20000 Arbeiter betroffen. Die Verträge laufen im allgemeinen noch bis zum 30. April. Im Laufe des Monats März werden die Verhandlungen aufgenommen.

Die Niederlagenstrategen melden sich.

Sie möchten die Bewegung der Werkzeugmacher verpfuschen

In ihrem Bericht über die Vertrauensmännerversammlung der Berliner Werkzeugmacher schreibt die „Rote Fahne“:

„Da kein Zweifel bestand, daß die Versammlung mit großer Mehrheit den sofortigen Streik beschlossen hätte, erklärte Handke, daß die Verhandlung „aus tatsächlichen Gründen“ keine Abstimmung zulassen könne. Es müsse bei den von der Leitung getroffenen Maßnahmen bleiben.“

Dazu stellen wir fest, daß 1. keinerlei Antrag auf Niederlegung der Arbeit vorlag, 2. Handke also keine Veranlassung hatte, eine derartige oder ähnliche Erklärung abzugeben und auch nicht abgegeben hat. Damit fällt der Kommentar, den das Stalin-Blatt an diese doppelte Unwahrheit knüpft, in sich zusammen.

Nachdem es den kommunistischen Niederlagenstrategen nicht genügt ist, in Mitteldeutschland die Bewegung zu verfaulen, versuchen sie es in Berlin. Wo sie aber auch kein Glück haben werden.

Tarif für Krankenkassenangestellte.

Die neue Beförderungsregelung.

Die vom Zentralverband der Angestellten am 7. Februar nach Haverlands Festhalten einberufene öffentliche Versammlung der Krankenkassenangestellten gestaltete sich zu

einer wichtigen Kundgebung für den JdL. Genosse Brenke vom Hauptvorstand sprach über die Besoldungsverhandlungen im Reichlichen Wohlfahrtsministerium. Er legte in 1½stündiger Rede dar, welche großen Schwierigkeiten in den fünfjährigen Verhandlungen zu überwinden waren. Dabei geißelte er scharf die Einstellung des Bundes der Krankenkassenbeamten, die sich zum Nachteil für die Angestellten in diesen Verhandlungen auswirkte. Der Weg, freihändig die materiellen Arbeitsbedingungen für die Kassenangestellten zu regeln, sei noch nicht völlig frei, es bestünden noch die rückwärtigen Bestimmungen in der Reichsversicherungsordnung, die den Aufsichtsbehörden eine uneingeschränkte Macht gäben. Es muß Ziel unserer nächsten Zeit sein, hier Abhilfe zu schaffen, damit endlich auch für die Kassenangestellten der Tarifvertrag von den Aufsichtsbehörden uneingeschränkt respektiert werden muß.

Das Verhandlungsergebnis über die Eingruppierung im Wohlfahrtsministerium kam nicht befriedigen. Es wird von den Kassenorganen erwartet, daß sie bei den auf Grund der demnächst vom Wohlfahrtsministerium zu erwartenden Mindest-Richtlinien über die Eingruppierung der Angestellten stattfindenden Verhandlungen mit dem JdL, eine der wirklichen Wertung der Arbeitsleistung der Kassenangestellten entsprechende Gruppierung vereinbaren.

Die Versammlung, die wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen wurde, wodurch einige hundert Kollegen ihr nicht bewohnen konnten, nahmen einstimmig eine Entscheidung an, worin sie ihr volles Einverständnis mit der Verhandlungsführung des JdL. bekundet. Sie erklärt, daß das Ergebnis ohne die schädigende Politik des Bundes der Krankenkassenbeamten besser sein würde.

Zum Gehaltstarif der Metallangestellten.

Ablauf am 31. März.

Die Fachgruppe Metall im JdL. hielt gestern Abend im „Nordischen Hof“, Invalidenstraße, eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Rudolf Karsten den einleitenden Vortrag hielt über das Thema „Ein sozialpolitisches Kampfsjahr“. Die Ausführungen des Referenten klangen dahin aus, daß die Angestellten bei den kommenden Reichstagswahlen dafür sorgen können, den gesetzgebenden Körperschaften eine Zusammenhänger zu geben, die dafür bürgt, daß die berechtigten Forderungen an die Sozialpolitik erfüllt werden. Die Angestellten dürfen aber auch nicht von der Gesetzgebung das Allheilmittel zur Linderung ihrer Notlage erwarten, sondern sie können durch Stärkung ihrer eigenen Kaufkraft, also durch Erhöhung ihrer Bezüge, sehr wohl dazu beitragen, den Massenkonsum zu heben und die latente Wirtschaftskrise in Deutschland zu mildern.

Von einer Diskussion über den Vortrag wurde Abstand genommen, da sich das Hauptinteresse der Versammelten auf die Frage konzentrierte, ob der am 31. März ablaufende Gehaltstarif von den Angestellten gekündigt werden sollte.

In voller Einmütigkeit wurde der vom Genossen Lange vortragene Auffassung der Fachgruppenleitung zugestimmt, dahingehend, daß sich die Angestellten mit den übrigen im Metalltarif vertretenen KfA-Organisationen, Butab und Werkmeisterverband solidarisch erklären, ohne dem Metalltarif jetzt schon die Marschroute vorzuschreiben zu wollen. Das heißt also, wenn die übrigen KfA-Organisationen eine Kündigung des Gehaltstarifes für angebracht halten sollten, werden sich die Angestellten diesem Vorgehen anschließen. Anfang März wird dann eine neue Versammlung abgehalten werden, um über die weiteren Maßnahmen oder etwa aufzustellende Forderungen zweckdienliche Beschlüsse zu fassen.

Jugendarbeit.

Im Zentralverband der Angestellten.

Der Zentralverband der Angestellten hat für seine Jugendmitglieder eine besondere Jugendgruppe eingerichtet, in der den kaufmännischen Lehrlingen und jugendlichen Angestellten Gelegenheit gegeben ist, ihr berufliches und ihr Allgemeinwissen zu erweitern und zu vertiefen. Die Jugendgruppe des JdL. in Groß-Berlin gliedert sich in nachfolgende 13 Bezirke, in denen die Jugendlichen an den bezeichneten Tagen regelmäßig zusammenkommen:

Osten: jeden Mittwoch im Jugendheim der Schule Titauer Straße 18; Lichtenberg I: jeden Freitag im Gefangenenraum des Realgymnasiums, Parkau 12; Lichtenberg II (neuer Bezirk): jeden Mittwoch im Jugendheim der Schule Gohlerstraße 61, Nähe Rudolfplatz; Südost-Treptow: jeden Freitag im Jugendheim Briher Straße 27/30; Neukölln: jeden Mittwoch im neuen Jugendheim, Böhmische Straße 1/4; Südwest: jeden Freitag im Jugendheim Belle-Alliance-Straße 7/10; Charlottenburg: jeden Montag im Jugendheim, Rosinenstraße 4; Tempelho: jeden Montag im Jugendheim der Schule Germaniastraße 4/6; Nordwest: jeden Mittwoch im Realgymnasium Schleswiger Ufer 14; Spandau: jeden Mittwoch im Jugendheim, Lindemüser 1; Wedding-Gesundbrunnen: jeden Mittwoch im Jugendheim, Schönstedtstraße 1 (Jugendheim 5 Tr.); Norden: jeden Montag in Baracke 7 Danziger Str. 62; Schöneberg: jeden Donnerstag im Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofgebäude 1 Tr., Thüringenszimmer).

Die Heimabende beginnen pünktlich um 20 Uhr und enden um 22 Uhr. Zugelassen zur Jugendgruppe ist jedes Jugendmitglied des JdL., das sich im Besitze des von der Ortsverwaltung ausgestellten Heimausweises befindet. In der nächsten Zeit wird in allen Gliederungen der Jugendgruppe eifrig die Beteiligung am Reichsjugendtag zu Pfingsten in Frankfurt a. M. diskutiert.

Kaufmännische Lehrlinge! Jugendlische Angestellte! Schließt Euch dem JdL. als Mitglieder an!

Tschechisches Arbeitsmarktgesetz angenommen.

Prag, 8. Februar.

Das Abgeordnetenhaus hat heute nach mehrwöchiger Verhandlung das Gesetz zum Schutze des Arbeitsmarktes, das eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aufhebung der Visa im Verkehr zwischen der Tschechoslowakei und den Nachbarländern bildet, angenommen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Dr. Alingebler; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Götze; Revolution: Dr. G. Böhmer; Soziale und Sanitäre: Frau Karstadt; Redaktion: Dr. Götze; Druck: Druckerei in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G33 68, Lindenstraße 1.

Komplettgerichtet Radio-Anlagen

2-5 Röhren Apparate mit Lautsprechern

ALLERERSTE FABRIKATE



Sprechapparate v. 1.50 M. wöchentl.

SHERLOCK-GESELLSCHAFT m. b. H. BERLIN
Hackescher Markt 2-3 Tel. Norden 4791-93



in Meisterstück

im besten Sinne des Wortes ist unsere OBERST in „neuer Arbeit“ geworden. Der auf mehrmonatiger Orientreise erfolgte Tabakeinkauf durch den Chef unseres Hauses bildete die Grundlage, auf der das Werk entstand. Doch alle Bemühungen wären unzureichend gewesen, wenn uns nicht bis zum jüngsten Lehrling hinab jener Wille zu höchster Leistung durchdrungen hätte, der — gepaart mit fachlichem Können — allein ein Meisterstück gesungen läßt. —

ASTOR-HAUS
6 M

OBERST 5 M

BLAU PUNKT
8 M

„NEUE ARBEIT“

die Standard-Marken der Waldorf-Astoria

AKUSCH